

Doris Kleck

12 Milliarden Franken pro Jahr: So hoch beziffert der Schweizerische Arbeitgeberverband die Kosten, wenn alle derzeit diskutierten sozialpolitischen Ausbauwünsche Realität würden. Ein Teil ist beschlossen, anderes liegt im Parlament. Klar ist: Der Sozialstaat steht vor einer kostspieligen Erweiterung.

— 13. AHV-Rente: Kostenpunkt 4,3 Milliarden Franken pro Jahr. Sie wird zum ersten Mal Ende 2026 ausbezahlt. Finanzierung nicht geregelt.

— Aufhebung Rentenplafond: Die Mitte fordert mit einer Initiative die Aufhebung des Plafonds für AHV-Ehepaarrenten. Kostenpunkt: 3,6 Milliarden Franken pro Jahr. Im Parlament hängig.

— AHV 2030: Mit der Reform will der Bundesrat die Finanzierung der AHV langfristig sichern. Der Bedarf an Zusatzeinnahmen ist abhängig von der Finanzierung der 13. AHV-Rente.

— Familien- und Ausbildungszulagen: Die Zulagen sollen auf mindestens 250 respektive 300 Franken erhöht werden. Kostenpunkt: 360 Mio. Franken pro Jahr. In der Vernehmlassung.

— Kita-Gelder: Eltern erhalten eine Betreuungszulage. Kostenpunkt: 600 Mio. Franken. Vom Parlament beschlossen. Tritt in Kraft, wenn die Kita-Initiative der SP von der Stimmbevölkerung abgelehnt wird.

— Familienzeit-Initiative: Einführung einer Elternzeit von je 18 Wochen für Mutter und Vater. Die Initiative ist im Sammelstadium. Kostenpunkt: Mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr.

12 Milliarden Franken sind viel Geld. Im Vergleich dazu: Das Budget des Bundes beläuft sich dieses Jahr auf rund 90 Milliarden Franken. In der politischen Debatte wird häufig vorgeschlagen, diese Mehrausgaben über höhere Sozialbeiträge zu finanzieren. Dabei handelt es sich um jene Lohnabgaben, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur



Die neuen Kita-Zuschüsse für Eltern sind nur eines von vielen Ausbauprojekten.
Bild: Keystone

Der Sozialausbau für 12 Milliarden

AHV, Kita-Geld, Kinderzulagen: Eine neue Studie zeigt, was höhere Lohnabgaben für Wirtschaft und Haushalte bedeuten würden.

Hälfte an AHV, IV, EO und ALV zahlen. Würden die 12 Milliarden Franken ausschliesslich so gedeckt, müssten die heutigen Beitragssätze von 12,8 Prozent um 3,7 Prozentpunkte steigen. Das ist natürlich hypothetisch. Doch die Vorstellung hat den Arbeitgeberverband aufgeschreckt. Er hat beim volkswirtschaftlichen Beratungsbüro BSS und dem Lausanner Ökonomeprofessor Marius Brühlhart eine Studie in Auftrag gegeben, um die Folgen von höheren Lohnbeiträgen aufzuzeigen. Die Studie liegt der «Schweiz am Wochenende» vor.

Arbeiten die Menschen mehr oder weniger?

Die Auswertung der internationalen Fachliteratur fällt aus Sicht der Autoren klar aus: Höhere Lohnabgaben schwächen die Standortattraktivität. Sie spielen bei Standortentscheiden von Unternehmen eine grössere Rolle als Gewinnsteuern, weil

sich Lohnabgaben kaum optimieren lassen. Steigen die Arbeitskosten, drohen Verlagerungen ins Ausland und weniger Neuansiedlungen – auch wenn das Ausmass schwer zu beziffern ist. Auch das Wirtschaftswachstum leidet. Höhere Lohnbeiträge verteuern Arbeit gegenüber

Kapital, dämpfen Investitionen und senken über tiefere Nettolöhne den Konsum. Die meisten Befunde beruhen zwar auf Simulationsmodellen – die Richtung ist jedoch eindeutig. Unklarer ist der Effekt auf die Erwerbstätigkeit. Sinkt der Nettolohn, arbeiten einige mehr, um das Einkommen zu

halten. Andere reduzieren ihr Pensum, weil sich Arbeit weniger lohnt. Besonders «lohnsensitive Gruppen» wie verheiratete Frauen oder ältere Erwerbstätige dürften laut Studie weniger arbeiten. Für den Arbeitgeberverband ein Widerspruch: Der Staat will etwa mit Investitionen in die Kinderbetreuung die Beschäftigung von Frauen fördern, gleichzeitig schwächt er mit höheren Lohnabgaben die Erwerbsanreize.

Der Effekt auf das Portemonnaie

Neben den gesamtwirtschaftlichen Effekten analysiert die Studie die direkten Folgen für Haushaltsbudgets. Simuliert wird eine Lohnbeitragerhöhung von einem Prozentpunkt. Das Ergebnis: Die Belastung trifft vor allem erwerbstätige Haushalte mit mittleren und hohen Einkommen im Alter zwischen 35 und 54 Jahren. Für sie resultieren monatliche Mehr-

kosten von bis zu 73 Franken – bei einer Erhöhung um 3,7 Prozentpunkte entsprechend deutlich mehr. Relativ gesehen ist die Belastung für junge Haushalte unter 35 Jahren am höchsten. Sprich für junge Familien mit hohen Kinderbetreuungs- und Lebenskosten. Verschont würden hingegen Rentnerhaushalte, da Renten- und Kapitaleinkommen nicht beitragspflichtig sind. Die Finanzierung über Lohnbeiträge konzentriert sich damit stark auf die aktive Erwerbsphase. In den Augen des Arbeitgeberverbandes führt dies zu einer «generationenübergreifenden Schieflage».

Der Vergleich mit der Mehrwertsteuer

Die Studie vergleicht die Lohnbeiträge auch mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zu den gleichen Mehreinnahmen führen würde. Diese verteilt die Last breiter: Alle Haushalte zahlen mit, auch Pensionierte und Vermögende. Relativ zum Einkommen wirkt die Mehrwertsteuer zwar leicht regressiv, gemessen an den Konsumausgaben aber weitgehend proportional.

Der Vorteil der Mehrwertsteuer liegt aus ökonomischer Sicht darin, dass sie den Arbeitsmarkt weniger verzerrt. Der Nachteil: Haushalte mit tiefen Einkommen werden spürbarer belastet – insbesondere, wenn auch der reduzierte Steuersatz etwa für Lebensmittel steigt. Die Studie kommt zu einem pikanten Zeitpunkt: Im Parlament ist die Debatte, wie die 13. AHV-Rente finanziert werden soll, im vollen Gange. Der Nationalrat will die Mehrwertsteuer erhöhen, der Ständerat votiert für einen Mix aus höheren Sozialabgaben und Mehrwertsteuer.

Der Arbeitgeberverband hat nun einen Pflock eingeschlagen. Für ihn sind die Ergebnisse der Studie klar: «Höhere Lohnabgaben schwächen den Standort, belasten die junge Generation und verschärfen den Fachkräftemangel.» Es brauche nun eine strikte Ausgabendisziplin, strukturelle Reformen etwa bei der AHV und den Verzicht auf zusätzliche Lohnabgaben.

